
DIE FOLGEN DER GLOBALISIERUNG

Rezension von: Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Edition ID-Archiv, Berlin – Amsterdam 1995, 213 Seiten.

Im Vorwort weist Hirsch (1) darauf hin, daß der auf Liberalisierung und Deregulierung des Geld- und Kapitalverkehrs beruhende Globalisierungsschub der Internationalisierung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses völlig neue Dimensionen verleiht. Somit verändert sich zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert das Gesicht des Kapitalismus einschneidend. Einhergehend damit vergrößern sich die sozialen Ungleichheiten, wachsen die politischen und sozialen Konflikte, und die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen nehmen dramatische Ausmaße an. Schließlich wird mit fortschreitender Globalisierung kapitalistische „Standortsicherung“ in praktisch allen Staaten zum vorrangigen politischen Ziel, zu dem es keine Alternativen mehr zu geben scheint.

Im Prozeß der Globalisierung strukturiert sich der Kapitalismus nachhaltig um, d. h. nicht nur die gesellschaftlichen Strukturen verändern sich, sondern auch der Charakter des Staates. Parallel dazu kommt es zu einer Verschiebung der Fronten, Akteure und Perspektiven politisch-sozialer Konflikte. Der mit den Merkmalen eines „autoritären Etatismus“ ausgestattete fordistische „Sicherheitsstaat“ macht, so Hirsch, einem neuen Typ des kapitalistischen Staates, dem „nationalen Wettbewerbsstaat“, Platz. Als Antwort darauf bedarf es ganz allgemein einer kritischen Kapitalismus- und Staatstheorie, die neuere wissenschaftliche Entwicklungen, die seit

den sechziger Jahren gemachten politischen Erfahrungen und die stattgefundenen gesellschaftlichen Veränderungen mitberücksichtigt.

Im ersten Kapitel des Buches geht es um die *Weiterentwicklung des Konzeptes einer materialistischen Staatstheorie und um die Verbindung mit den kapitalismus-theoretischen Ansätzen*, die im Kontext der sogenannten „Regulationsschule“ vorgelegt worden sind. Dabei steht vor allem der Zusammenhang von Kapitalismus, Nationalstaat, Demokratie und Rassismus zur Diskussion. Für Hirsch ist diese Vorgehensweise insofern von Bedeutung, da auf die staatstheoretischen Grundlagen politischer Konzepte in der „aktuellen“ linken Diskussion kaum noch eingegangen wird.

Um die Frage, was der kapitalistischen Gesellschaft über ihre Konflikt- und Krisenhaftigkeit hinweg Bestand und Dauer verleiht, beantworten zu können, bedarf es jedoch einer genauen Betrachtung des Prozesses der kapitalistischen „Regulation“. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß der Kapitalismus seit seiner Entstehung trotz gleichbleibender Strukturmerkmale sowohl räumlich wie auch zeitlich höchst unterschiedliche Erscheinungsformen angenommen hat. Die *Regulationstheorie* ist vor dem Hintergrund der in den siebziger Jahren ausgebrochenen zweiten Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts entwickelt worden und stellt den Versuch dar, den damit verbundenen theoretischen Verunsicherungen – sowohl auf dem Feld der etablierten Nationalökonomie als auch im Umkreis der Marx'schen Theorie – Rechnung zu tragen (2). Sie richtet ihre Aufmerksamkeit auf die problematischen Bestand- und Entwicklungsbedingungen einer durch strukturelle Gegensätze zerrissenen Gesellschaft, d. h. sie stellt die Frage nach der Sicherung der materiellen Versorgung und des sozialen Zusammenlebens unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Dabei wird

davon ausgegangen, daß der Marktmechanismus dies keinesfalls zureichend erklären kann, genausowenig wie, so Hirsch, die Existenz des zentralisierten staatlichen Gewaltapparats eine hinreichende Bedingung für die Stabilität und Entwicklung der Gesellschaft ist (3).

Die allgemeine Antwort auf die eingangs gestellte Frage lautet daher, daß es dazu eines weitverzweigten, durch die Begriffe „Markt“ und „Staat“ nicht zureichend erfaßbaren Komplexes gesellschaftlich-politischer Institutionen und Normen bedarf, in die alle ökonomischen und politisch-administrativen Prozesse eingebettet sind. Diese sorgen dafür, daß die gegensätzlichen und konfliktorischen Handlungen von Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und Klassen in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Gesellschaftserhalts gehalten werden können (4).

Die Sicherung der Kapitalverwertung ist zwar eine grundlegende Bestandsbedingung jeder kapitalistischen Gesellschaft, aber sie darf nicht als ein objektiv vorausgesetzter Zwangsmechanismus verstanden werden, dem sich soziales Verhalten einfach nur anzupassen hat. Die sozialen Formen und Gesetzmäßigkeiten, die für die kapitalistische Gesellschaft typisch sind, wie etwa der Zwang zur Akkumulation, der Markt- und Preismechanismus etc., kommen immer in einer historisch spezifischen Gestalt zum Ausdruck. Das bedeutet, daß die Art und Weise der materiellen Produktion und Verteilung immer von der jeweiligen Form der Regulation sozialer Verhältnisse abhängig ist und umgekehrt. Die Regulationstheorie stellt somit nicht nur eine deutliche Alternative zu dem die ökonomische Theorie derzeit beherrschenden Neoliberalismus, sondern auch zu den aktuellen Spielarten der Modernisierungstheorie und des „methodischen Individualismus“ in den Sozialwissenschaften dar.

Im zweiten Kapitel werden die *ökonomisch-politischen Ursachen und Inhalte des aktuellen Globalisierungsschubs* untersucht. Hierbei geht es vor allem um die in den siebziger Jahren manifest gewordene Krise des fordistischen Kapitalismus und die Strategien, die zu ihrer Überwindung eingeschlagen wurden. Hier vertritt Hirsch die These, daß die Globalisierung und deren Folgen nicht als unvermeidliche und quasi gesetzmäßige Entwicklung, als Ausdruck einer unverrückbaren „Logik“ des Kapitals anzusehen sind, sondern ein ökonomisch-politisches Projekt darstellen, das in vielen Auseinandersetzungen und Konflikten durchgesetzt wurde und immer noch äußerst umkämpft ist. Bei der Etablierung dieses neuen, als „neoliberal“ charakterisierbaren Gesellschaftsprojekts haben nicht zuletzt auch die sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ eine ebenso bedeutsame wie ambivalente Rolle gespielt.

Die Krise des Fordismus wurde durch eine ganze Reihe von einander relativ unabhängiger Prozesse hervorgerufen. Dabei sind vor allem, so Hirsch, der Zusammenhang und die wechselseitige Verstärkung von krisenträchtigen Entwicklungen auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene hervorzuheben (5). Im Kern wurde die Krise des Fordismus durch einen strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität in allen kapitalistischen Metropolen verursacht. Dies war die Folge eines – wenn auch branchenmäßig und länderweise unterschiedlich – starken Rückgangs der Profitrate, der aber nicht allein unter Rückgriff auf eine allgemeine Kapitalgesetzmäßigkeit, sondern nur unter Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Gesamtstruktur dieser Gesellschaftsformation zureichend erklärt werden kann.

Grundlegend dafür war, daß sich die im fordistisch-tayloristischen Akkumulationsregime liegenden Produktivitätsreserven allmählich zu er-

schöpfen begannen. Einen offen krisenhaften Charakter erhielt dieser Prozeß aber erst dadurch, daß er die Fundamente des herrschenden staatsinterventionistischen Regulationsmodus untergrub. Der institutionalisierte sozialstaatliche Verteilungsmechanismus und die strukturkonservierenden Subventionspolitiken konnten nicht mehr aus starken Sozialproduktzuwächsen finanziert werden. Die fordistisch-sozialstaatlich-keynesiansche Regulationsweise, die über Jahre hinweg eine Stütze der Kapitalakkumulation war, wurde damit zu deren Hemmnis (6). Die enge Verzahnung von Massenkonsum, Sozialstaat und Kapitalakkumulation, die das „Goldene Zeitalter“ des Fordismus (7) gekennzeichnet hatte, zerbrach.

In diesem Zusammenhang weist Hirsch darauf hin, daß die Ursachen der Krise nicht nur im Inneren der einzelnen nationalen Ökonomien zu suchen sind. Sie müssen auch in einer wachsenden Destabilisierung der internationalen Regulation gesucht werden. So war das aufgrund seiner hohen Arbeitsproduktivität international enorm konkurrenzfähige US-Kapital stark an der Liberalisierung des Welt Handels und einer Öffnung neuer Investitionsgebiete interessiert, mit der Folge, daß die Liberalisierung der Märkte und die wachsende Internationalisierung des Kapitals der für das fordistische Akkumulationsregime typischen Binnenmarktorientierung allmählich ein Ende setzten. Multinationale Konzerne wurden daher zu immer bestimmenderen ökonomischen Akteuren. Innerhalb der nationalen Ökonomien nahm die Bedeutung des Exportsektors wieder zu, was dazu führte, daß die Kapitalverwertung von der Entwicklung der Masseneinkommen im nationalen Rahmen nicht nur unabhängiger wurde, sondern daß die Lohnhöhe als Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb immer wichtiger erschien (8).

Zugleich entstanden aus der kreditfinanzierten Schuldenexpansion wachsende inflationäre Tendenzen. Die internationalen Handels- und Kapitalströme gerieten daher immer mehr aus dem Gleichgewicht. Schließlich kam es zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Wesentlicher Grund dafür war, daß die USA ihre auf ökonomischem Gebiet international beherrschende Stellung verloren und einige europäische Staaten sowie Japan einen erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozeß in Gang gesetzt hatten (9). Ihr Erfolg beruhte nicht so sehr darauf, daß sie das US-amerikanische Gesellschaftsmodell einfach kopierten, sondern daß es ihnen ihre internen gesellschaftlichen und politischen Strukturen erlaubten, alternative Ausprägungen fordistischer Akkumulations- und Regulationsweisen zu entwickeln und diese erfolgreich mit dem Weltmarkt zu verbinden (10).

Der unumgängliche Kollaps des Schuldensystems wurde dadurch ausgelöst, daß Anfang der achtziger Jahre die Reagan-Administration eine neokonservativ-monetaristische wirtschaftspolitische Wende vollzog und versuchte, die bedrohte internationale Vorherrschaft der USA mittels eines gigantischen Aufrüstungsprogramms wiederherzustellen. Dies führte zu einer weltweiten Zinserhöhung und einem starken Anstieg des Dollarkurses, was vielen hochverschuldeten Ländern Zinszahlungen und Kredittilgungen nun vollends unmöglich machte. Auf diese Weise schlug die Krise des Fordismus, so Hirsch, die in den siebziger Jahren in den kapitalistischen Zentren eingesetzt hatte, erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, dann allerdings mit noch gravierenderen Wirkungen auf die kapitalistische Peripherie durch.

Die Krise des Fordismus hat allerdings nicht nur ökonomisch-politische Ursachen, sondern beruht auch darauf, daß diese Entwicklungen mit einem Zerbröseln des ideologischen

Kitts verbunden waren, der diese Gesellschaft zusammenhielt. Der durch Bürokratisierung, Reglementierung und Normierung gekennzeichnete „Sicherheitsstaat“ wurde Ziel einer wachsenden öffentlichen Kritik, die in einem beginnenden allgemeinen Wertewandel ihren Ausdruck fand. Ökonomische Krisenerscheinungen, das Zerbröckeln des Sozialstaats und das Ende des einstmals für unendlich gehaltene ökonomische Wachstum, so Hirsch, verbanden sich im Kontext neuer Wertorientierungen und Protestbewegungen zu der sich allmählich ausbreitenden Überzeugung, daß das fordistische Gesellschaftsmodell – seine ökonomischen Strukturen und die von ihm bestimmten Lebensverhältnisse – keine Perspektive mehr habe.

Die Krise des Fordismus war also nicht nur eine Krise der Kapitalverwertung, sondern damit verbunden auch eine der Hegemonie, der herrschenden gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen. Für Hirsch ist es somit zu einfach, die Krise des Fordismus alleine durch die Aktivitäten des internationalen Kapitals erklären zu wollen. In diesem Zusammenhang bleibt jedoch grundsätzlich festzuhalten, daß der Kapitalakkumulation grundsätzlich die Tendenz innewohnt, die Profitrentabilität und damit den Bestand und die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu untergraben. Die Krise des Fordismus ist somit nur die historisch bestimmte Form, in der diese allgemeine Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck kommt.

Das bedeutet, daß eine Lösung der Fordismuskrise in einer strukturellen Wiederherstellung der Kapitalverwertungsbedingungen bestehen muß. Dies deshalb, so Hirsch, da eine *radikale, nicht-kapitalistische Alternative bekanntlich von keinem gefordert wird*. Dieser höchst umkämpfte Prozeß ist immer noch im Gang und sein Ausgang offen. Einige seiner Dimensionen und Entwicklungsrichtungen werden

jedoch allmählich deutlicher. So wurde damit begonnen, ein neues, „post-fordistisches“ Akkumulationsmodell zu installieren, das durch die Einführung neuer Produkte, neuer Produktions- und Kommunikationstechnologien, eine grundlegende Veränderung der Formen von Betriebs- und Arbeitsorganisation und die damit verbundene „Flexibilisierung“ der Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist.

Prinzipiell geht es darum, die Profitabilität des Kapitals durch eine strukturelle Senkung der Lohnkosten, durch die Einführung neuer Stoffe und Verfahrenstechniken und durch eine ebenso grundlegende Erhöhung von Laufzeit und Nutzungsintensität der immer kapitalintensiveren Produktionsanlagen wiederherzustellen. Diese technologische Offensive dient nicht nur der umfassenden Rationalisierung des kapitalistischen Produktionssystems, sondern beinhaltet – nicht zuletzt durch eine massive Freisetzung von Arbeitskräften – vor allem auch einen Angriff auf die institutionalisierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der fordistischen Regulation.

Unter erheblichen Auseinandersetzungen, aber mit zunehmendem Erfolg werden gesellschaftliche „Deregulierungs“-Maßnahmen durchgesetzt, denen viele der einmal erreichten Standards in bezug auf Arbeitsplatzgarantien, rechtliche und kollektivvertragliche Normierung der Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeitregelungen, soziale Absicherung und Entlohnung zum Opfer fallen. Diese Umwälzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Zentren wurde unterstützt und begleitet von einem neuen Internationalisierungsschub, dem der Charakter einer neuen historischen Phase der Globalisierung des Kapitalverhältnisses zuzusprechen ist. Dies drückt sich in einer radikalen Liberalisierung vor allem der Geld- und Kapitalmärkte, einer Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze, einer Verein-

heitlichung kultureller Muster und Konsumstandards und in einer fortschreitenden Internationalisierung der Produktion aus (12).

Das bedeutet jedoch nicht, daß nationalstaatliche Regulationszusammenhänge als politische Institutionalisierungsweisen globaler Klassenverhältnisse bedeutungslos geworden wären. Das internationale Kapital beginnt nur, sich in ganz anderer Form und in einer sehr viel flexibleren Weise auf diese zu beziehen. Seine entscheidende Dimension gewinnt der neue Schub der Internationalisierung des Kapitals jedoch dadurch, daß es durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien möglich geworden ist, verschiedene Unternehmensaktivitäten in bisher nicht bekanntem Umfang räumlich zu zerlegen.

Die neue Beweglichkeit des Kapitals eröffnet nicht nur erhebliche Rationalisierungsspielräume, sondern *vergrößert auch die Möglichkeit, auf nationaler Ebene organisierte Arbeitnehmergruppen und Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen* (13). Sie erweist sich als besonders wirksames Kampfmittel beim Versuch, auch in den kapitalistischen Zentren Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Voraussetzung für den Erfolg dieser Strategie der Flexibilisierung und Globalisierung war eine ganze Reihe institutioneller, rechtlicher und politischer Maßnahmen zu einer weiteren Liberalisierung der Waren-, vor allem aber der Kapital- und Finanzmärkte. Dies war auch deshalb notwendig, weil die Durchsetzung der neuen Technologien die Kapitalintensität und die industriellen Kapazitäten stark ansteigen ließ, was einen Zwang zur massiven Erweiterung der Absatzmärkte beinhaltet.

Nach Hirsch besteht die Logik der neuen „postfordistischen“ Akkumulationsstrategie im Kern in einer Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung. Er weist in diesem Zu-

sammenhang auch darauf hin, daß dies politisch vorbereitet und durchgesetzt werden muß, *was durch die weltweit an die Macht gelangten neoliberalen und neokonservativen Regierungen auch nach und nach bewerkstelligt wurde* (14). Die Globalisierung steht auch schon deshalb nicht in einem einfachen Gegensatz zur Nationalstaatlichkeit, weil sie selbst von nationalen Regierungen durchgesetzt und ermöglicht wurde. Im Grunde handelt es sich bei der kapitalistischen Globalisierungsoffensive um eine Strategie, die nicht so sehr auf die Auflösung einzelstaatlicher Regulation überhaupt, sondern auf eine Zerschlagung der keynesianisch-staatsreformistischen Regulationsweise des Fordismus abzielte. Eine Folge dieser Entwicklung besteht somit in einer starken Verschiebung der internationalen ökonomischen und politischen Strukturen sowie der weltweiten kapitalistischen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse (15).

Angesichts des sich globalisierenden Kapitalverhältnisses gibt es überhaupt kein Land mehr, das von der Dynamik des weltumspannenden Akkumulations- und Zirkulationsprozesses – etwa in Form spekulativer Kapitalbewegungen und Wechselkurschwankungen – auch nur relativ unabhängig wäre. Die Alternative besteht nach Hirsch nicht zwischen „Abhängigkeit“ oder „Autonomie“, sondern *zwischen der passiven Unterwerfung unter die Dynamik des globalen Akkumulationsprozesses und der Bewahrung oder Gewinnung von Spielräumen*, die es ermöglichen, die Art und Weise der Eingliederung in den Weltmarkt zu beeinflussen. Dafür sind sowohl die Folgewirkungen der alten fordistischen Ausbeutungs- und Unterwerfungsverhältnisse als auch die inneren gesellschaftlichen Kräftekonstellationen entscheidend.

Somit gibt es nicht einen Typ von „Entwicklung“, sondern eine ganze Skala möglicher, mehr oder weniger

„aktiver“ Formen der Weltmarktintegration. Unter den Bedingungen des sich globalisierenden Kapitalverhältnisses erscheint es deshalb den Menschen oftmals als vorteilhafter, wenigstens der direkten Ausbeutung durch das Kapital unterworfen zu sein, als völlig abgehängt zu werden. Dies erklärt nach Hirsch auch die zum Teil weltweite Anziehungskraft dieser Gesellschaftsordnung und den offensichtlichen Drang der Menschen zum Kapitalismus. Die Misere besteht nur darin, daß gerade das globale Kapitalverhältnis eine in den Arbeits- und Lebensverhältnissen einigermaßen einheitliche Entwicklung nicht zuläßt, sondern die gesellschaftlichen und ökonomischen Ungleichheiten immer weiter vertieft.

Die Durchsetzung eines neuen, globalen kapitalistischen Akkumulationsregimes kann jedoch nicht erfolgreich sein, wenn es nicht zur Etablierung einer entsprechenden Regulationsweise sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene kommt. Unter den Bedingungen der jetzt beherrschend gewordenen kapitalistischen „Triade“ wäre internationale Regulation von der Bereitschaft dieser drei Zentren abhängig, sich längerfristig kooperativ zu verhalten und ein entsprechend neu aufzubauendes internationales Institutionensystem gemeinsam zu garantieren. Dem steht aber die eher zunehmende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Metropolen entgegen. Daß es einstweilen noch gelingt, gefährlichere Konflikte zu vermeiden, hängt nach Hirsch vor allem damit zusammen, daß die USA – neben ihrer nach wie vor beherrschenden Stellung auf den Finanzmärkten – die unangefochten stärkste Militärmacht geblieben sind.

Ausdruck und Folge des neuen Globalisierungsschubs ist auch, daß neben dem System der nationalen und internationalen Staatenorganisation andere, formell private Akteure zunehmend die ökonomischen und politi-

schen Prozesse bestimmen. Das gilt, so Hirsch, vor allem für die multinationalen Konzerne, die zwar nicht unabhängig von den bestehenden politischen Regulationszusammenhängen operieren können, aber in der Lage sind, in den verschiedenen ökonomischen Zentren der „Triade“ gleichzeitig präsent zu sein. Daneben wächst aber auch die Bedeutung international operierender „Nichtregierungsorganisationen“ der verschiedensten Art, etwa von parteinahen politischen Agenturen, Verbandszusammenschlüssen, Forschungsverbünden und Entwicklungs-, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen. Als Beispiel führt Hirsch die Umweltpolitik an, die nun ihr Operationsfeld angesichts der herrschenden Krisen und Konflikte über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg ausdehnen muß.

Als Folge dieser Entwicklungen bleibt festzuhalten, daß mit dem Fordismus und im Zuge des von seiner Krise vorangetriebenen Globalisierungsschubs auch der historische Typus von nationalstaatlicher Demokratie zu Ende geht. Die entscheidende Problematik nach Hirsch liegt darin, daß mit der Erosion der Nationalstaaten das mit ihnen verbundene demokratische Institutionensystem ebenfalls mehr und mehr ausgehebelt wird. Es bleibt zwar formell erhalten, kann aber immer weniger die einmal erreichten Standards von demokratischer Beteiligung und Mitbestimmung gewährleisten. Weil aber das einzelstaatliche System als struktureller Ausdruck des kapitalistischen Produktionsverhältnisses nicht nur bestehen bleibt, sondern sich mit dessen globaler Ausbreitung und Vertiefung und im Zuge des Zusammenbruchs internationaler Hegemonialstrukturen in gewisser Weise sogar noch schärfer ausprägt, sind praktisch keinerlei Ansätze zur Entwicklung eines demokratischen Institutionensystems jenseits der nationalstaatlichen Ebene erkennbar (16).

Vor diesem Hintergrund werden im dritten Kapitel des Buches die *Grundzüge des sich im Zuge dieses Globalisierungsschubs herausbildenden „nationalen Wettbewerbsstaates“* skizziert. Hirsch gelangt hierbei zur Auffassung, daß damit ein gesellschaftlich-politisches System entsteht, das mit den Faschismen und Staatstotalitarismen des 20. Jahrhunderts, aber auch mit traditionellen Formen der kapitalistischen Demokratie wenig Gemeinsamkeiten hat, sondern einen historisch durchaus neuen Typ kapitalistischer Herrschaft bezeichnet, wobei die Tendenzen zur Herausbildung einer neuen, nämlich „zivilgesellschaftlichen“ Form von Totalitarismus bedeutsam ist.

Im Widerspruch zum herrschenden neoliberalen Diskurs, der den Markt als perfekte Regulationsinstanz und Privatisierung als Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Probleme preist, wird die umfassende Organisation und Mobilisierung der Gesellschaft für die Zwecke der Standortkonkurrenz durch den Staat zum immer entscheidenden Faktor. Weniger der liberale „Nachtwächterstaat“, so Hirsch, als das neokonservative Projekt eines neu formierten autoritären Etatismus steht also auf der Tagesordnung. *Privatisierung ist mittlerweile selbst zu einer staatlich-politischen Strategie geworden.* Mit der systematischen Ausweitung der Ungleichheiten und Diskriminierungen im sozialstaatlichen System sollen nicht nur Kosten gespart und der Staat schlanker gemacht, sondern vor allem auch die *Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander mobilisiert und Leistung als Bereitschaft zur Übernahme unangenehmer oder schlecht entlohnter Arbeiten erzwungen werden.* Hirsch ist in diesem Zusammenhang voll zuzustimmen, wenn er weiter ausführt, daß *der Staat selbst die gesellschaftlichen Spaltungsprozesse organisiert.*

Der Antikommunismus als Integrationsideologie hat mittlerweile seine

Wirkung eingebüßt und wird inzwischen nur noch höchst mühsam und immer weniger erfolgreich aufrechtzuerhalten versucht. An die Stelle dieser Feindkonstruktion ist ein fast unüberschaubares Feld von Gefährdungen und Bedrohungen getreten, das aus international organisierten kriminellen Banden, obskuren Mafias, Asylantern, Fundamentalisten und Terroristen unterschiedlichster Provenienz besteht. Der Sicherheitsdiskurs, so Hirsch, verschiebt sich damit von politischer Systemgegnerschaft auf Kriminalität im weitesten Sinne.

Dieser Wandel hat jedoch seine realen Grundlagen. Gesellschaftliche Spaltungen und Marginalisierungsprozesse wirken ebenso kriminalitätsfördernd wie das Abdrängen ganzer Bevölkerungsgruppen in die Untergrundökonomie. Dasselbe gilt für die Etablierung eines gesellschaftlichen Selbstverständnisses, das individuelles Durchsetzungsvermögen um jeden Preis zur Leitformel erhebt. Kaum Zweifel besteht darin, daß durch internationale Finanzspekulation, Subventionsbetrug und ähnliches angelegten materiellen Schäden in keinem Verhältnis zu den Folgen alltäglicher Kriminalität stehen, auf die sich die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem richtet.

Entsprechend verändert sich auch die Struktur des staatlichen Repressions-, Kontroll- und Überwachungsapparats. Paradigmatisch für diese Entwicklung ist für Hirsch der sogenannte „große Lauschangriff“, d. h. die faktisch kaum noch eingrenzbare Berechtigung staatlicher Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, Gespräche in Privatwohnungen abzuhören. Dieser Eingriff in den absoluten Kernbestand bürgerlicher Freiheitsrechte wird mit dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität gerechtfertigt, obwohl erkennbar ist, daß seine diesbezüglichen Wirkungen eher bescheiden ausfallen werden. Übrig bleibt somit ein Instrumentarium, das grundsätz-

lich gegen beliebige „Objekte“ einsetzbar und damit eine qualitativ neue Stufe des Überwachungsstaates ist.

Gleichwohl bleibt der perfekt funktionierende und alles umfassende Überwachungsstaat nach Hirsch schon deshalb eine Utopie, weil auch sein noch so zügiger Ausbau den gesellschaftlichen Entwicklungen immer nur hinterherlaufen kann. Das Auseinanderfallen der Gesellschaft in ein komplexes Gemenge von Gruppen und Milieus, die Erosion der überkommenen Integrationsinstitutionen von der Familie bis hin zu den Parteien und die Vervielfältigung der Formen unkonventionellen politischen Handelns stellen die Überwacher selbst dann vor unlösbare Aufgaben, wenn ihre technischen Mittel immer perfekter werden. Die üblich gewordene Konstruktion von Bedrohungsszenarien beinhaltet deshalb bemerkenswerte Realitätsverzerrungen, d. h. eine wachsende Datenflut schafft nicht unbedingt leicht verwertbare Erkenntnisse.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß der institutionalisierte Sicherheits- und Überwachungsstaat nicht unbedingt die entscheidende Bedrohung demokratischer Verhältnisse darstellt. Wichtiger ist die Entwicklung einer historisch neuen Form von Totalitarismus, die überhaupt nicht mehr entscheidend vom Staatsapparat ausgeht, sondern in den Strukturen der „Zivilgesellschaft“ wurzelt (17). In der Tat wird das Ereignis als Ergebnis eines freien, von ökonomischen und institutionellen Strukturen nicht völlig vorbestimmten Handelns autonomer Subjekte zusehends durch mediale politische und kommerzielle Inszenierungen ersetzt. Diese, so Hirsch, verdrängen das Bewußtsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer praktischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Gesellschaft wird in ihrer vorfindlichen Gestalt zum nicht mehr hinterfragbaren Schicksal (18).

Grundlage dieser Entwicklung ist die Durchsetzung eines postfordisti-

schen Vergesellschaftungsmodus, der durch Privatisierung, soziale Spaltung und Konkurrenz bei gleichzeitiger Funktionalisierung und Mobilisierung der Menschen für den Wirtschaftskrieg der Wettbewerbsstaaten gekennzeichnet ist.

Der zivilgesellschaftliche Totalitarismus unterscheidet sich jedoch sehr grundlegend von den großen totalitären Systemen dieses Jahrhunderts. Er stellt eine neue politische Form des Kapitalismus dar, die über den Fordismus des 20. Jahrhunderts hinausweist. Eine gewisse Gemeinsamkeit mit den alten totalitären Systemen besteht jedoch darin, daß es auch im Wettbewerbsstaat vor allem darum geht, ganze Bevölkerungen im Sinne eines umfassenden Wirtschaftsprojekts für den internationalen Konkurrenzkampf zu mobilisieren (19).

Dies geschieht indessen weniger durch eine auf physische Gewalt und politischen Terror gestützte Diktatur, sondern im institutionellen Rahmen der liberalen Repräsentativdemokratie und auf der Basis einer global freigesetzten Marktökonomie. Im Kern ist der zivilgesellschaftliche Totalitarismus aber vor allem dadurch gekennzeichnet, *daß er die bestehenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse erfolgreich als unveränderlich erklärt* und gleichzeitig die Nationen, Regionen und Gemeinschaften in einen sich verschärfenden Kampf um die Sicherung oder Schaffung relativer Privilegien verstrickt. Die Freiheitsbedrohung resultiert somit nicht vorrangig aus staatlichem Zwang, sondern daraus, daß die Möglichkeit einer gesellschaftsgestaltenden und -verändernden Praxis schon aus dem Bewußtsein der Menschen ausradiert wird.

Die Krise des fordistischen Kapitalismus hat der in der Nachkriegszeit verbreiteten Vorstellung von der Möglichkeit einer allgemeinen, gleichgewichtigen, durch staatliche Regulierung angeleiteten industriellen Ent-

wicklung der Welt nachhaltig den Boden entzogen. Die neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung haben mit der damit verbundenen Unterhöhlung nationalstaatlicher Regulationszusammenhänge dazu geführt, daß es für die verschiedenen Länder und Regionen der Welt nicht einmal mehr die Illusion einer gemeinsamen Entwicklungsperspektive gibt. Die Globalisierung des Kapitalismus läßt die Welt damit politisch, ökonomisch und sozial in ein Gemenge konkurrierender und von ihren Möglichkeiten und Ausgangsbedingungen her höchst ungleicher Wettbewerbsstaaten zerfallen. Eine brisante Konsequenz der wettbewerbsstaatlichen Standortpolitik besteht in der sich verschärfenden Mobilisierung regionaler ökonomischer und politischer Konkurrenzen, d. h. je mehr nationale und regionale Standorte um die Herstellung günstiger Verwertungsbedingungen für das internationale Kapital konkurrieren müssen, desto stärker wird der Druck zur Identifizierung der jeweiligen Bevölkerung mit der Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses über alle Klassengrenzen hinweg.

Statt an den Kategorien ökonomischer Gruppen oder Klassen werden materielle Interessen zunehmend an regionalen oder nationalen Zugehörigkeiten festgemacht. Somit erscheint der Weltmarkt als ökonomisches Nullsummenspiel: Was die einen gewinnen, verlieren die anderen. Da gegenwärtig weder die Konzepte noch die sozialen Kräfte für eine Überwindung des umfassend gewordenen kapitalistischen Produktionsverhältnisses sichtbar sind, kann es zunächst, so Hirsch, nur darum gehen, eine politische Kontrolle des globalen Akkumulationsprozesses wiederherzustellen. Es geht also um die Durchsetzung von Formen der Regulation, die diejenigen Minimalstandards von sozialer Sicherheit, materieller Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung gewährleisten, ohne die eine emanzipative Entwicklung nicht möglich ist.

Karl Polanyi (1990) hat gezeigt, daß eine kapitalistische Gesellschaft, die aufgrund ihrer ökonomischen Dynamik ihre eigenen sozialen Grundlagen zu zerstören droht, politische und soziale Gegenkräfte zu entwickeln vermag. Derartige gesellschaftliche Selbstschutzreaktionen kommen freilich weder automatisch noch im Gefolge einer historisch wirkenden Vernunft zustande, sondern sind daran gebunden, daß es Kräfte gibt, die andere Vergesellschaftungsformen gegen die Dynamik des Kapitals durchzusetzen vermögen (20).

Alle diese Überlegungen münden letztendlich in die Frage, wer was tun könnte, damit die Chance zur Realisierung einigermaßen vernünftiger, gerechter und freier Verhältnisse erhalten bleibt. In einer solchen Situation kann es jedoch nicht darum gehen, strategische Blaupausen und politische Rezepte zu entwickeln. Vielmehr kommt es darauf an, *die bestimmenden gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen mit ihren Widersprüchen zu erkennen*. Aus dem globalen Kapitalismus und seinen institutionellen Strukturen wie Staat und Staatensystem kann jedoch, so Hirsch, nicht einfach ausgetreten werden. Somit muß emanzipative Politik aus der bestehenden Gesellschaft und ihren Widersprüchen heraus entstehen und ist deshalb nur als schwieriger und langwieriger Erfahrungs-, Aufklärungs- und Lernprozeß zu begreifen.

In diesem Zusammenhang bleibt festzuhalten, daß emanzipative Veränderungen in den sozialen Bewußtseins- und Lebensformen sowie den Arbeitsteilungs- und Produktionsverhältnissen durch staatlichen Eingriff und Zwang kaum zu bewerkstelligen sind. Als Beispiel dafür verweist Hirsch auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die die Ausbeutung und Herrschaft nicht beseitigen konnte. Deshalb bleibt die Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse

eine Angelegenheit der Menschen selbst, eine Frage konkreter Praxis, die im unmittelbaren Lebenszusammenhang ansetzen muß.

Der Widerspruch, daß ein demokratischer Prozeß nicht auf die bestehenden gesellschaftlichen und institutionellen Strukturen setzen und sich dennoch aus ihnen heraus entwickeln kann, wird durch die massive Einschränkung nationalstaatlicher Handlungsspielräume im Zuge der Globalisierung weiter verschärft. Dem Diktat der Standortkonkurrenz unterworfen, scheinen die Spielräume demokratischer Politik und Gesellschaftsgestaltung im vorhandenen institutionellen Rahmen immer enger zu werden. Eine Politik der Befreiung kann sich daher nicht auf staatliche Institutionen und Strukturen gründen, sondern bedarf der gesellschaftlichen Selbstorganisation, eines Netzwerks von praktischen Initiativen und Projekten sowie der Produktion von Wissen und der Vermittlung von Erfahrungen jenseits staatlicher Macht- und ökonomischer Verwertungsinteressen.

In diesem Zusammenhang plädiert Hirsch für eine „*Kulturrevolution*“ im umfassenden Sinne. Sie bedarf ganz neuer Formen demokratischer Selbstorganisation und gesellschaftlicher Praxis. Es geht mithin darum, die Trennung von Ökonomie und Politik, von privat und öffentlich, die in den bürgerlich-demokratischen Strukturen verwurzelten Spaltungs- und Ausschließungsmechanismen durch praktische Organisations- und Kooperationsansätze zu überwinden.

Mangels ökonomischer Machtpositionen und angesichts des Fehlens einer institutionellen demokratischen Struktur auf internationaler Ebene kommt es zunächst darauf an, eine unabhängige Öffentlichkeit gegen die Staatsapparate und gegen das kapitalistische Unternehmensgeflecht, nicht zuletzt auch gegen eine sich international beschleunigt monopolisierende Medienindustrie zu entwickeln. Die

schon heute sichtbaren Ansatzpunkte eines unabhängig vom System der Nationalstaaten operierenden Geflechts von Projekten, Initiativen, Bewegungen und Netzwerken sind höchst vielfältig.

Eine ganz entscheidende Bedeutung haben nach Hirsch die Bemühungen um die Herstellung einer internationalen Produktionsöffentlichkeit, d. h. die Beschaffung und Verbreitung von Informationen über Forschungsaktivitäten, Technologie- und Investitionsstrategien, über Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor allem der internationalen Konzerne. Letztendlich geht es nicht um einen neuen und noch perfekteren Staat, sondern um die Schaffung neuer, dezentraler und kooperativ verflochtener Strukturen. Zunächst muß es – bedingt durch das fehlen plausibler Konzepte – einmal um eine Erweiterung der politischen Kontrolle und eine Veränderung der sozialen Rahmenbedingungen der kapitalistischen Akkumulationsdynamik gehen. Das ist nur durch eine umfassende Demokratisierung möglich, die über die herrschenden staatlichen Strukturen hinausgeht. Erst daraus, so Hirsch, können sich auch sowohl die konkreten politischen und institutionellen Formen als auch die sozialen Träger einer neuen Gesellschaftsordnung entwickeln.

Gar nicht einfach zu beantworten, so Hirsch, ist allerdings die Frage, auf welche Kräfte sich ein solcher Prozeß heute noch stützen könnte. Eine Politik der Befreiung kann jedenfalls nicht mehr nur als Klassenpolitik im nationalen Rahmen verstanden werden. Die Krise des Fordismus hat die Linke weiter gespalten. Zwischen einer sozialdemokratisch-konservativen Linken, die defensiv an nationalstaatlichen Klassenkompromissen und der subalternen Einbindung in das kapitalistische Modernisierungsprojekt festhält, immer noch vorhandenen orthodox-sozialistischen und den stärker gewordenen libertär-alternativen Strö-

mungen gibt es immer weniger politische Gemeinsamkeiten. In Zukunft ist es daher von entscheidender Bedeutung, politische und institutionelle Formen zu finden, in denen die vorhandenen Konflikte offen und öffentlich ausgetragen werden können und in denen es möglich wird, Übereinstimmungen zu erarbeiten und Kompromisse zu formulieren.

Der Kampf um die Durchsetzung eines Regulationsmodells, das eine demokratischere und sozialere Alternative zum neoliberalen bietet, muß nach Hirsch auf nationalstaatlicher Ebene ansetzen. Es geht also darum, auf nationalstaatlicher Ebene soziale Kompromisse zu erkämpfen, die mit anderen Formen der Weltmarkteinbindung und der internationalen Kooperation verbunden sind, also um eine neue Weltwirtschaftsordnung, die der sich faktisch durchsetzenden „internationalen Arbeitsteilung“ Alternativen entgegensetzt, eine Umweltpolitik, die sich nicht auf die schlichte Externalisierung ökologischer Kosten und Belastungen reduziert, ein Menschenrechte und soziale Standards achtender Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen und vieles andere mehr (21). Dies allerdings erfordert eine Veränderung der Arbeits- und Lebensformen, der Konsumstile und Wertemuster, die auch materielle Opfer und den Bruch mit herkömmlichen materiellen und kulturellen Orientierungen einschließt. Voraussetzung dafür ist ein gesellschaftlicher Konsens, der nur demokratisch erreicht werden kann.

Demokratische Politik kann sich somit weniger denn je auf die Verabschiedung von Gesetzen auf der Basis parlamentarischer Mehrheitsentscheidung und auf deren administrative Ausführung beschränken. Sie muß statt dessen vor allem Verfahrensregelungen und Prozeduren festlegen, die die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen an öffentlichen Diskussions-, Aushandlungs- und Kompromißbildungsprozessen („runde Tische“) fest-

legen, die unter bestimmten Bedingungen Vetorechte, Moratorien oder die kontinuierliche Überprüfung einmal getroffener Entscheidungen ermöglichen. Das einfache Mehrheitsprinzip hat angesichts der Komplexität von Interessen und Problemen erheblich an demokratischer Legitimität und politischer Rationalität eingebüßt. Sie können von den bei einer Wahl zur Verfügung stehenden (partei-)politischen Alternativen schon lange nicht mehr ausgedrückt werden.

Und schließlich geht es auch um eine *Dezentralisierung*, d. h. die Rückverlagerung politischer Kompetenzen auf die lokale und regionale Ebene, denn regionale und lokale ökonomisch-gesellschaftliche Zusammenhänge innerhalb und quer zu den nationalstaatlichen Grenzen gewinnen im Zuge der Globalisierung des Kapitals ohnehin eine wachsende Bedeutung. Wichtig ist allerdings, daß durch einen solchen politischen Dezentralisierungsprozeß der Wettlauf der Standorte und die damit verbundenen Tendenzen der räumlichen Abschottung und des Errichtens immer neuer Mauern nicht noch unterstützt wird.

Es käme also darauf an, die mit der Globalisierung des Kapitals verbundene Funktionsveränderung des Nationalstaatsystems nicht passiv hinzunehmen, sondern aktiv politisch-institutionell zu gestalten. Dies umfaßt nach Hirsch sowohl eine grundlegende Revision der politischen Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren als auch die räumliche Neudefinition politischer Gemeinschaften, also Föderalisierung im weitesten Sinne. *Die herrschende Logik des globalisierten Kapitalismus besteht darin, daß Kapital international zu flexibilisieren, die Menschen in nationalstaatlichen Grenzen festzuhalten, vorhandene demokratische Institutionengefüge zerfallen zu lassen und damit profitable politisch-soziale Ausgrenzungs- und Spaltungsprozesse zu vertiefen.* Dem kann nicht allein durch die Forderung nach einer

umfassenden Mobilität, sondern muß auch durch das Bemühen um die Rekonstruktion demokratischer Verhältnisse jenseits von National- und „Welt-Staat“ begegnet werden. Eine Politik, die auf die Realisierung und Ausweitung von Demokratie und Menschenrechten gerichtet ist, kann nicht von den bestehenden politischen Institutionen ausgehen und muß trotzdem institutionell sein, d. h. auf den Umbau des politischen Systems zielen.

Ein Blick auf die Geschichte des Kapitalismus zeigt, so Hirsch, daß die zerstörerischen Tendenzen der profit-gesteuerten Marktökonomie immer nur politisch, unter dem Druck demokratisch-sozialer Gegenbewegungen, vorübergehend gebrochen werden konnten. Es bedurfte somit immer wieder einer politischen Reaktion der Gesellschaft auf ihre eigene ökonomische Dynamik, die bislang allerdings die Existenz des nationalstaatlichen politischen Institutionengefüges zur Voraussetzung hatte. Mit der Aushöhlung der nationalstaatlichen Regelungskompetenz steht also grundsätzlich die Fähigkeit zur Debatte, auf immanente gesellschaftliche Krisen- und Zerstörungstendenzen zu reagieren. Von Sozialismus wird heute kaum noch geredet. Die Alternative der Barbarei hat sich mit dem Sieg des Kapitalismus aber keineswegs verflüchtigt. Im Gegenteil.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß das Buch von Hirsch eine der wenigen Untersuchungen ist, die insbesondere jenen Personen aufs wärmste zu empfehlen ist, die sich zum einen mit Fragen der Globalisierung auseinandersetzen, und zum anderen nicht so recht wissen, wohin die globale Reise gehen wird. Zwar bietet das Buch von Hirsch kein Handlungsinstrumentarium an, jedoch wird der aufmerksame Leser grundlegend darüber informiert, daß die Globalisierung und deren Folgen nicht als unvermeidliche und quasi gesetzmäßige Entwicklung anzusehen sind, sondern daß erstere ein ökonomisch-politisches Projekt darstellt,

das in vielen Auseinandersetzungen und Konflikten durchgesetzt wurde und immer noch äußerst umkämpft ist. Voraussetzung für den Erfolg dieser Strategie der Flexibilisierung und Globalisierung war somit eine ganze Reihe institutioneller, rechtlicher und politischer Maßnahmen zu einer weiteren Liberalisierung der Waren-, vor allem aber der Kapital- und Finanzmärkte. Letzteres wurde durch die weltweit an die Macht gelangten neoliberalen und neokonservativen Regierungen auch nach und nach bewerkstelligt.

Josef Schmee

Anmerkungen

- (1) Joachim Hirsch ist Professor an der Universität Frankfurt am Main und einer der wichtigsten Theoretiker der mittlerweile schon etwas in die Jahre gekommenen Neuen Linken in der Bundesrepublik. Insbesondere seine zwei Bücher „Der Sicherheitsstaat“ (1980) und „Das neue Gesicht des Kapitalismus“ (1986) wurden von der radikalen und universitären Linken stark diskutiert. Die aktuelle Arbeit schließt an die früheren Untersuchungen zum Sicherheitsstaat an – unter dem Blickwinkel der eingetretenen Umwälzungen des globalen Kapitalismus. Ausgehend von der Frankfurter Schule, dem französischen Neo-Marxismus und der neueren Regulations-theorie bietet „Der nationale Wettbewerbsstaat“ auch einen ersten Einstieg in die materialistische Staatskritik.
- (2) Vgl. dazu vor allem Aglietta (1979), Lipitz (1985), Jessop (1990) und Hirsch (1990).
- (3) Hirsch (1995) 46.
- (4) Ebenda.
- (5) Ebenda 83.
- (6) Guttman (1994).
- (7) Hirsch (1995) 84.
- (8) Dunford (1990) 317 ff. Dies berührt natürlich auch Länder wie Österreich, deren ökonomische Stabilität schon

- immer auf einem starken Exportsektor beruht hatte.
- (9) Altvater (1992) 23.
- (10) Hirsch (1995) 85. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß nicht zu Unrecht der unter großen Verlusten verlorene Vietnamkrieg als historischer Wendepunkt und als Markstein bei der Entwicklung der Fordismus-Krise gilt.
- (11) Hirsch (1995) 88.
- (12) Hirsch (1995) 89.
- (13) In Österreich läuft zur Zeit gerade ein Musterbeispiel dieser Internationalisierung des Kapitals ab. Gemeint ist der Fall „Semperit“ in Traiskirchen, mit der gar nicht so unwahrscheinlichen Konsequenz der Schließung des Werkes.
- (14) Hirsch (1995) 90.
- (15) Die unumschränkte Vorherrschaft der USA wurde von einer kapitalistischen „Triade“ mit Westeuropa und Japan als konkurrierende Zentren abgelöst.
- (16) Das „globale“ Dorf hat keine den herrschenden Globalisierungstendenzen entsprechende politische Form. Das bedeutet, daß die auf nationalstaatlicher Ebene schon einmal erkämpften Möglichkeiten zu einer politisch-demokratischen Beeinflussung der Marktdynamik wieder verloren zu gehen drohen.
- (17) Hannah Arendt hat schon sehr früh darauf hingewiesen, „daß die außerordentliche Gefahr der totalen Herrschaft für die Zukunft der Menschheit weniger darin besteht, daß sie tyrannisch ist und politische Freiheit nicht duldet, als daß sie jede Form der Spontaneität, das heißt das Element des Handelns und der Freiheit in allen Tätigkeiten, zu ertöten droht. Es liegt im Wesen dieser furchtbarsten Form der Tyrannei, daß sie (...) die Möglichkeit des Ereignisses aus der Politik auszuschalten strebt, um uns jenen automatischen Prozessen zu überantworten, von denen wir ohnehin umgeben sind“ (Arendt [1994] 223).
- (18) Herbert Marcuses Diagnose vom Herausziehen einer Gesellschaft „eindimensionalen Menschen“ ist heute aktueller denn je.
- (19) Hirsch (1995) 167.
- (20) Ebenda 181.
- (21) Ebenda 197.

Literatur

- Aglietta, Michel, *Regulation et crises du capitalisme. L'expérience des Etats-Unis* (Paris 1976).
- Altvater, Elmar, *Fordist and post-fordist international division of labor and monetary regimes*, in: Storper, M.; Scott, A. J. (Hrsg.), *Pathways to industrialization and regional development* (New York 1992).
- Arendt, Hannah, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken*, hrsg. v. U. Lutz (München/Zürich 1994).
- Dunford, M., *Theories of regulation*, in: *Environment and planning: society and space* 8 (1990).
- Gutmann, Robert, *Money in regulation theory*, in: *La lettre de la regulation (CE- PREMAP)* 10 (1994).
- Hirsch, Joachim, *Kapitalismus ohne Alternative?* (Hamburg 1990).
- Jessop, Bob, *Regulation theories in retrospect and prospect*, in: *Economy and Society* 19/2 (1990).
- Lipitz, Alain, *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der „Regulation“*, in: *PROKLA* 58 (1985) 109-123.
- Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, 2. Auflage (Frankfurt/M. 1990).